



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/112

Hannover, 10. September 1949

Präsidenten

Ganz natürlicher Weise erinnert man sich an diesem 12. September 1949 - wenn man sich einmal von der Wirklichkeit des Augenblicks etwas entfernt - der Wahlen der beiden Präsidenten in der ersten Deutschen Republik. Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert zum zunächst vorläufigen Reichspräsidenten.

Nach Eberts Tode am 28.2.1925 wurde am 26. April 1925 im zweiten Wahlgang Generalfeldmarschall von Hindenburg gewählt.

Beide Wahlen sind beispielhaft für das, was man eine nüchterne, und auf der anderen Seite eine sentimentale Entscheidung nennen kann. Schon als Ebert sein Amt antrat, konnte der Präsident der Nationalversammlung es als das Verdienst des neuen Reichspräsidenten hervorheben, dass die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt sei, denn eben war die erste schwere innere Krise der jungen Republik überwunden. Und am Ende der Laufbahn und des Lebens Eberts hiess es von ihm: "Ein Staatsmann, der klar und nüchtern, fest und ruhig in gerechter, vornehmer Gesinnung, wenn auch kühnem Wagemut und hohem Gedankenflug abhold, die schwere und unerkbare Aufgabe erfüllt hatte, das Reich aus dem Chaos des Winters 1918/19 zu wesentlich ruhigeren und geordneteren Verhältnissen zu führen", so schrieb ein bürgerlicher Politiker in einer Geschichte der Weimarer Republik.

Die Wahl Hindenburgs, der sein Amt acht Jahre versah, hat sich alsbald als einer der verhängnisvollsten politischen Irrtümer des deutschen Volkes erwiesen. Zumindest des Teiles, der sich für ihn entschied: Hindenburg war Soldat und nur das, auf eminent politischem Posten; er war superkonservativ und monarchistisch in einer Republik, die fortschrittlich sein sollte; sein Wahlspruch war "die Treue ist das Mark der Ehre". Er schien ein "Ekkahard" und er war schwach bis zur Bereitschaft, persönlichen Verrat zu begen, wie

das in seinem Verhältnis zu Brüning besonders deutlich wurde. Es gibt niemanden, der in einflussreicher Stellung der Republik mehr dazu beigetragen hat, den Nationalsozialismus zu fördern und zum schliesslichen Siegz zu verhelfen, als ihn. Das sind Tatsachen, die heute niemand mehr bestreiten kann.

Diese kleinen Reminiszenzen sollen dartun, wie verhängnisvoll es in der Politik ist, wenn man Entscheidungen gefühlsbetont- und die Wahl Hindenburgs kam aus diesen Motiven zustande - und nicht verstandesbetont und nüchtern fällt.

*

Noch eine andere staatsrechtliche Erinnerung sei aus dem gegebenen Anlass erlaubt. Zahlreiche Anzeichen, u.a. sogenannte Umfragen in der Deutschen Bevölkerung, haben ergeben, dass ein sehr grosser Teil der Bevölkerung auch heute dazu neigt, der Einrichtung einer sogenannten "selbständigen" Präsidentschaft, etwa nach dem Muster in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Vorzug vor der "unselbständigen" Präsidentschaft nach französischem Vorbild zu geben. In den Vereinigten Staaten hat sich die erste Form alles in allem bewährt. Aber wir haben inzwischen Hunderte von Beispielen dafür erlebt, wie gefährlich und falsch es ist, Erfahrungen eines Landes und Volkes schematisch auf ein ganz anderes zu übertragen. In den Vereinigten Staaten bedürfen die Regierungsakte des Präsidenten keiner Gegenzeichnung eines Staatssekretärs (Ministers). Die Staatssekretäre sind allein dem Präsidenten verantwortlich und haben dessen Weisungen zu befolgen. Damit entfällt die indirekte Einwirkung der Volksvertretung auf die Entschliessungen des Präsidenten. Nur für bestimmte Fälle ist die Zustimmung des Senats vorgesehen, nicht aber die des Repräsentantenhauses als der eigentlichen Vertretung des gesamten Volkes.

Noch viel stärker kommt dieser selbständige Zug in der auswärtigen Politik zum Ausdruck, und Woodrow Wilson, der spätere Präsident, damals noch Professor, schrieb in seinem "Constitutional Government in the US":

"Eines der grössten Machtmittel des Präsidenten ist seine ganz bedingungslose Gewalt über die auswärtige Politik der Nation. Das erste Wort in der auswärtigen Politik, das dem Präsidenten ohne jeden, ohne den geringsten Vorbehalt zusteht, ist im Prinzip die Macht, sie bedingungslos in der Gewalt zu haben."

Auch das ist nur *cum grano salis* zu nehmen. Aber die verfassungsmässigen Einschränkungen der präsidentialen Gewalt auf

diesem Gebiet sind in der Tat minimal.

Die Machtbefugnisse des amerikanischen Präsidenten aufzählen heisst bereits die Antwort auf diese Frage geben, ob uns Deutschen,

in der Demokratie ohne Tradition und anfällig für jede autoritäre Versuchung, zumal in unserer heutigen Lage, mit einer solchen oder einer

nur ähnlich ausgebauten Machtstellung des Präsidenten gedient wäre. Auch die Gefahren einer extrem entgegengesetzten Tendenz sind gross. Das

Bonner Grundgesetz geht einen Mittelweg, der uns vernünftig erscheint.
(ths/1/169/2/he)

Nachruf an den DGB

R.D. Der Deutsche Gewerkschaftsbund der britischen Zone besteht nicht mehr. Die Bedeutung dieser starken Organisation hat niemand besser gekennzeichnet als der britische Hohe Kommissar, der diese Organisation und ihren letzten Kongress für würdig hielt, die erste offizielle Erklärung des Hohen Kommissars zur gegenwärtigen Situation einen Tag nach der Eröffnung des Bundestages in Bonn entgegenzunehmen.

Mr. Brian Robertson kannte die Gewerkschaften. Er hat ihre Entwicklung von allem Anfang an erlebt. In den Tagen der Besatzungsherrschaft

der "Captains" waren sie in fast allen Orten der britischen Zone die ersten legitimen Organisationen, die die illegalen provisorischen Wiederauf-

bauausschüsse ablösten, sie waren der Beginn demokratischer Lebensform in Deutschland. Als es im "Bunten Harn" bei Bielefeld, auf dem ersten

Gewerkschaftskongress, zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes kam, war "General Robertson" mit dabei.

Aus der ursprünglichen einheitlichen Gewerkschaft mit zentraler Kassenverwaltung und Betreuung der Mitglieder aller Berufsarten, hatte

sich unter Einfluss der Besatzungsmächte und entsprechender Bestrebungen in den Kreisen der Mitgliedschaft allmählich die Verselbständigung der

Sparten zu Gewerkschaften vollzogen, mit politischer Mitgliedschaft im Bund. Das nach 1945 sich durchsetzende Organisationsprinzip der Industrie

verbände ist nur von einer Gruppe nicht anerkannt worden, von den Angestellten. Ihre besonderen Forderungen führten zur Abspaltung vom Bund

und völligen Verselbständigung der DAG. Beide Organisationen blieben politisch und weltanschaulich neutral und wehren sich gegen jede Tendenz, die Gewerkschaften nach diesen Gesichtspunkten aufzuspalten.

Auf drei Millionen Mitglieder in 14 einzelnen Gewerkschaften, die dem Bund angehörten, war diese Organisation angestiegen, als sie nun

ihre Auflösung beschloss, um in einem Gewerkschaftsbund der Bundesrepublik Deutschland aufzugehen. Bei allem Streben nach der grösseren,

stärkeren Einheit sind jedoch auch in den Gewerkschaften zentrifugale Kräfte im Sinne eines föderativen Aufbaus wirksam. Sie finden ihre

Begründung in industriell orientierten Gruppeninteressen und ihren Ausdruck in den Forderungen nach besonderer Verteilung des Beitragsauf-

kommens an die einzelnen Gewerkschaften oder den Bund. Hoher oder niedriger Beitragsanteil des Bundes entscheidet aber über die künftige

Macht und Aufgabenverteilung in den Gewerkschaften und vielleicht auch über den Erfolg und Sinn der ganzen modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist über Zielsetzung und Tätigkeit früherer Gewerkschaften weit hinausgewachsen. Sie beschränkt sich

nicht mehr auf die Aufgabenstellung aus der Zeit vor 1933. Heute versucht sie, entscheidend die Neuordnung unserer Wirtschaft und Gesell-

schaft mitzubestimmen und die Machtpositionen zu beziehen oder unter ihre Kontrolle zu bringen, von denen aus das Sozialprodukt verteilt

wird. Sie hat sich eigene Forschungseinrichtungen geschaffen, in denen die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unter schärfster Beobach-

tung gehalten wird und die die Voraussetzungen schaffen für den Kampf um den Reallohn. Sie hat Schulen errichtet, in denen nicht nur Funktio-

näre der Organisation, sondern auch Fachleute für wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Schlüsselstellungen herangebildet werden, und sie

ist wählerischer in der Auswahl ihrer Kampfmittel und Methoden geworden. Ihre Funktionäre bewegen sich heute genau so sicher auf dem diplomati-

tischen Parkett wie auf den Rednertribünen der Streiklokale.

Von der Höhe des Beitragsanteiles des Bundes wird abhängig sein, ob ein Ausbau dieser Aufgabenstellung durch den Bund und damit der Ein-

fluss auf die Einkommensverteilung von oben oder die Stärkung der Fachgewerkschaften und die Führung von Lohnkämpfen von unten notwendig

sein wird. Hier wird der Vereinigungskongress am 12. bis 14. Oktober in München eine weittragende Entscheidung zu fällen haben.

Die Gewerkschaften gelten in weitesten Kreisen des Auslandes als der unbestritten sicherste Hort der Demokratie. Sie haben sich nicht

im Parteienkampf dem Vorwurf der nationalistischen Propaganda aussetzen brauchen und so finden ihre Worte und Anregungen grosse Beachtung. Eine Beachtung allerdings, die nicht so weit ging, dass man den Gewerkschaften die Sicherung des europäischen Friedens und der deutschen Demokratie durch Festigung und Ausbau ihres Einflusses in der deutschen Schwerindustrie übertrug. Gerade die Alliierten, die die Besonnenheit der Gewerkschaftsführung lobend erwähnen, hätten allen Anlass, die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sozialisierung zu fördern. Auch die Demontagedebatte bot dazu gute Gelegenheit. Selbst auf diesem letzten Kongress musste wieder betont werden, dass die Gewerkschaften zwar die Notwendigkeit von Auslandsinvestitionen anerkennen, jedoch jede damit verknüpfte politische Forderung auf Restauration der privaten Eigentumsverhältnisse in der Schwerindustrie ablehnen. Hier wird der Widerspruch sichtbar zwischen der Anerkennung der Gewerkschaften durch das Ausland und der Behinderung ihrer praktischen Wirksamkeit. Auch eine solche grosse Bewegung kann auf die Dauer nicht von der lobenden Erwähnung ihrer grossen Geduld existieren.

Die Vereinigung aller Gewerkschaftsbünde in einen DGB der Bundesrepublik dient der grösseren gewerkschaftlichen Wirksamkeit. Möge es nicht nötig sein, dass der neue Bund seine volle Stärke zu gewaltsamen Auseinandersetzungen einsetzen muss. Ruhige, sachliche Arbeit bei der Neuordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Gefüges und Einsatz aller Machtmittel nur, wenn es unumgänglich werden sollte, wie es die Praxis des DGB der britischen Zone war, werden einer gesunden deutschen Entwicklung am dienlichsten sein.

- - - - -

Was beim Wohnungsbau versäumt wurde.

(sp.) Auf dem in Nürnberg durchgeführten Internationalen Baukongress des "Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung" fanden die Ausführungen des Präsidenten des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Ministerialdirektor Dr. Gerhard Weisser, besondere Beachtung. Dr. Weisser ging von der Feststellung aus, dass man nach der Währungsreform die einzigartige Chance, einen wesentlichen Teil des neuen Geldes über den Wohnungsbau in die Wirtschaft zu pumpen, infolge einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht wahrgenommen habe. Selbst heute liege weder die für den Wiederaufbau unentbehrliche Gesetzgebung vor, noch sei die zur Senkung der Baukosten erforderliche Rationalisierung ausreichend gefördert worden. Eine veränderte Haushaltspolitik der öffentlichen Hand sei notwendig. Die jetzige Depression der Wirtschaft müsse durch eine elastische Geldpolitik behoben werden und jede Reaktivierung brachliegender Wirtschaftskräfte durch Belebung des Realkredits dem Wohnungsbau zugute kommen. Sollten sich aber die Zinssätze nicht senken lassen, dann müsse eine Art Marktsplattung auf dem Gebiete des Zinsfusses verlangt werden.

10. September 1949

Politische Konsequenz

=====

(sp) Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der Frage des Bundespräsidenten war von Anfang bis Ende konsequent - sehr im Gegensatz zu der Taktik in den Kreisen der voraussichtlichen Regierung. Von ihnen war in den ersten drei Wochen nach der Wahl überhaupt nur an die Möglichkeit gedacht worden, das höchste Amt der Bundesrepublik nach dem Verteilungsschlüssel der Regierungsparteien zu vergeben. Erst wenige Tage vor dem 12. September setzten (von der andersgearteten Haltung einiger sog. Linkskreise in der CDU abgesehen) Sondierungen teils durch die FDP (Dr. Dehler), teils durch Dr. Adenauer selbst ein. In diesem zweiten Fall waren, soweit wir unterrichtet sind, erst hartnäckige Bemühungen einiger Parteifreunde Herrn Dr. Adenauers notwendig, die ihm, wie Dr. Hilpert und Josef Müller, nie besonders nahe gestanden haben.

Es war von vornherein unwahrscheinlich, dass eine so späte Initiative Erfolg haben werde, zumal man nicht übersehen konnte, dass ihre Ursache weniger in einer plötzlichen Aufwallung von politischem Altruismus bei dem Kreis um Adenauer, als in den sehr deutlich gewordenen Schwierigkeiten innerhalb des Lagers der voraussichtlichen Regierungsparteien zu suchen war. Hatte die Sozialdemokratie Anlass, nach allem, was vorangegangen war, ihre Gegenspieler aus solchen Schwierigkeiten zu befreien? Kaum. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in Dürkheim auf den Standpunkt gestellt, in der heutigen deutschen Situation sei eine klare Trennung von Regierung und Opposition das Beste. Sicher wäre es möglich gewesen, den Bundespräsidenten aus den Kombinationen um das Verhältnis von Regierung und Opposition herauszuhalten. Der, wohl auch gar nicht sehr ernst zu nehmende Versuch dazu ist zu spät gekommen. Deshalb ist die Politik der klaren Scheidung auch auf das Amt des Bundespräsidenten ausgedehnt worden, was natürlich diesen ersten Mann der Deutschen Bundesrepublik nicht von seiner Pflicht befreit, bei jeder seiner Entscheidungen um grösstmögliche Objektivität bemüht zu sein.

Die Namen, die als mögliche Kandidaten auf bürgerlicher Seite in der Öffentlichkeit genannt worden sind, waren für die SPD nicht tragbar. Annehmbar war auch nicht ein sozialdemokratischer Kandidat, dessen Nominierung von anderer als sozialdemokratischer Seite erfolgte,

10. September 1949

und zwar aus der klaren Erkenntnis, dass eine Partei von der Grösse und Geschlossenheit der SPD sich nicht durch ein politisches Manöver ihrer Gegenspieler bevormunden lassen kann. Die auffällige Betriebsamkeit, mit der im letzten Stadium der Vorverhandlungen ein Weg gesucht wurde, in irgendeiner Form die SPD, nachdem man sie wochenlang brüskiert hatte, zu engagieren, war verdächtig und etwas naiv. Denn sie liess vor allem vermuten, hier werde auf einem Umwege eine mittelbare Mitverantwortung der SPD erstrebt, weil schon vor der Bildung der Regierung die Erkenntnis sehr gewachsen ist, wie ungeheuer schwierig es sein werde, eine Politik ohne Rückendeckung der SPD zu treiben. Die Haltung der SPD auch in der Frage der Nominierung des Bundespräsidenten ist die der einfachen politischen Konsequenz ihrer Gesamtkonzeption.

(m/1/109/1/he)

Der neue Präsident des TUC

(sp) Zum neuen Präsidenten des TUC (englischer Gewerkschaftskongress), dessen Jahrestagung soeben in Bridlington zu Ende ging, wurde mit Herbert Bullock ein Mann gewählt, der zu den meistgereisten Gewerkschaftsführern der Welt zählt und über beste, internationale Beziehungen verfügt. Herbert Bullock ist 64 Jahre alt und stammt aus der englischen Hafenstadt Bristol. Er ist nicht sehr zugänglich, aber von seinen Kollegen hochgeschätzt. Sinn für Humor und Gewandtheit im Ausdruck charakterisieren ihn ebenso wie kluge Zurückhaltung. Der TUC hat ihn vor allem bei der Lösung schwieriger internationaler Probleme eingesetzt und mit ihm dabei die besten Erfahrungen gemacht. Er vertritt die General and Municipal Workers Union im Generalrat der verstaatlichten Industrien und hätte von diesem Posten wegen Überschreitung der Altersgrenze eigentlich zu Beginn dieses Jahres zurücktreten sollen. Seine Gewerkschaft verlängerte indessen seine Tätigkeit, um ihm die Möglichkeit zu bieten, zum Präsidenten des TUC gewählt zu werden. Er löst Sir William Lawter ab, der wegen seiner Verdienste um die englische Arbeiterbewegung in diesem Jahre geadelt wurde. (m/B52/2/109/he)

Verantwortlich: Peter Baunau